

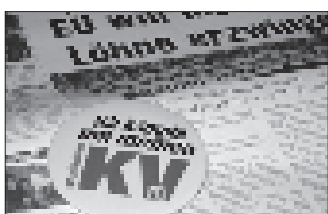
### Österreich



#### FPÖ: Leider noch keine Entwarnung!

Die Selbstzerfleischung der FPÖ ist zwar schön anzusehen, darf aber nicht in falscher Sicherheit wiegen. SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Angriff auf Beschäftigte in der Druckbranche

Unternehmer haben einseitig den Kollektivvertrag aufgekündigt - die Rechnung aber ohne die Beschäftigten gemacht. In einer Betriebsversammlung wurde die Gewerkschaft zu einem kämpferischen Kurs gedrängt. SEITE 3

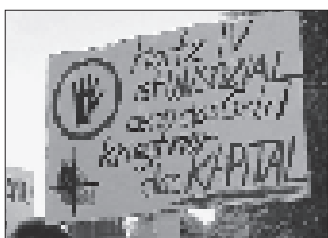
### Schwerpunkt



#### 1975: Ende des Vietnamkriegs vor 30 Jahren

Vor 30 Jahren endete einer der blutigsten Feldzüge des Imperialismus. Seither ist es still um das Land in Südostasien geworden. Wie entwickelt(e) sich die "sozialistische Republik"? SEITEN 4/5

### Internationales



#### Neue Partei steht vor erster Herausforderung

Die neue Linkspartei "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" steht vor ihrem ersten Bundesparteitag und dem Antreten bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Eine Bestandsaufnahme. SEITE 7

## VORWÄRTS deckt auf: Neues Raubrittertum!

# Die wahren Privilegienritter



*PolitikerInnen aller Lager sind groß beim Schimpfen auf die KollegInnen bei Eisenbahn, Post und in den Ämtern. Selber halten sie die Hand auf, wo's nur geht!*

von Laura Rafetseder,  
SLP Wien-Mitte

Seit Jahren wird von Regierung und Medien gegen die angeblichen Privilegien von EisenbahnerInnen, LehrerInnen und BeamtenInnen gehetzt, um Kürzungen bei diesen Gruppen der Bevölkerung durchzusetzen. Diejenigen, die tatsächlich kassieren, kommen dabei ungeschoren davon. Wie zum Beispiel Finanzminister Grasser, der trotz seiner zahlreichen Affären nicht belangt wurde. Grasser ist immer noch im Amt und spart munter weiter: Laut Budgetentwurf 2005/2006 sollen etwa im Pflichtschulbereich 30 Millionen Euro eingespart werden. Das Gesundheitssystem – angeblich nicht mehr leistbar. Warum soll bei uns gekürzt werden, wenn Wirtschaft und Politik, wenn's um ihr eigenes Geld geht, auf einmal großzügig sind?

WER IST HIER PRIVILEGIERT?

Die Liste von Beispielen ist lang. EU Abgeordnete verdienen 7.537 Euro brutto monatlich, 14 Mal im Jahr. Während ArbeitnehmerInnen durch Pensionsreform und Harmonisierung auf bis zu 20% ihrer

Pension verzichten müssen, zahlen EU Abgeordnete nur ein Drittel ihrer Pensionsversicherungsbeiträge selbst, zwei Drittel der monatlichen Beiträge zahlt das Parlament. Wer drei Jahre einzahlt und 60 Jahre alt ist, kann Pension beziehen. Die Krankenversicherung, der jede/r EU-MandatarIn automatisch angehört, deckt oft mehr Leistungen als die nationalen Versicherungen, z. B. bei Brillen oder Zahnersatz. Jede/r Abgeordnete, ihr/seine EhepartnerIn und ihre/seine Kinder können für diese Leistungen bis zu 80 Prozent vom Parlament refundiert bekommen. Auch Hans Peter Martins Mitstreiterin Karin Resetarits nimmt die eigenen Wahlversprechen nicht mehr so genau. Sie fand zuletzt ein einheitliches Gehalt für EU-Abgeordnete von 7.000 Euro im Monat durchaus angemessen! Und noch einmal das Beispiel Grasser: Auf Anweisung von Generaldirektor Vagn Sørensen durften Grasser und Freundin in der komfortablen Business Class Platz nehmen, obwohl nur zwei Economy-Flüge gebucht und bezahlt worden waren. Die Preisdifferenz für beide Tickets machte rund 1.300 Euro aus, die sich Grasser somit "sparte". In

Deutschland ist es Gang und Gebe, dass PolitikerInnen auf den Gehaltslisten von Konzernen stehen. Ist es da ein Wunder, dass Politik im Sinne der Unternehmen gemacht wird?

ARROGANZ UND  
ABGEOBENHEIT DER  
ETABLIERTEN PARTEIEN

Wenn es um ihr Geld geht, sind sich die PolitikerInnen aller Parteien erstaunlich einig: Ihr Job sei undankbar und unterbezahlt, keiner mag sie und in der Wirtschaft seien die Verdienstmöglichkeiten ungleich größer. Die Grenzen zwischen den Parteien verschwimmen dabei, überdurchschnittlich gut verdienen sie nämlich alle. Dabei wissen manche PolitikerInnen nicht einmal, wie viel eine Wurstsemmel kostet, geschweige denn, welche Konsequenzen ihre Sparpolitik hat. Logisch, denn sie selbst sind von den Kürzungen ja dank Zusatzversicherungen ausgenommen. Und da sollen wir sie auch noch cool finden? Wenn PolitikerInnen ihren Job verlieren, müssen sie sich in der Regel keine Sorgen über Arbeitslosigkeit machen. Sie bekommen dann nämlich entweder eine großzügige "Entschädigung"

oder gut dotierte Jobs in der befreundeten Wirtschaft.

FACHARBEITERINNENLOHN  
FÜR FUNKTIONÄRINNEN

Wir sind der Meinung, dass von ArbeitnehmerInnen gewählte FunktionärInnen nicht mehr als einen FacharbeiterInnenlohn verdienen sollen. Das gilt besonders auch für VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse. Wie sollen die Interessen von ArbeitnehmerInnen vertreten werden, wenn unsere VertreterInnen mehr verdienen als diejenigen, deren Interessen sie vertreten sollen? ÖGB Präsident Verzetnitsch hat von seinem Einkommen her mehr mit Wirtschaftskammerpräsident Leitl gemeinsam als mit der durchschnittlichen Supermarktkassiererin. Kein Wunder, dass die ÖGB-Bürokratie nicht wirklich ein Interesse an Streiks und Kampfmaßnahmen hat.

Es ist ein Märchen, dass PolitikerInnen gut bezahlt sein müssen, um unabhängig und unbestechlich zu sein. Ganz im Gegenteil. Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter der Socialist Party, der Schwesterpartei der SLP in Irland, spendet alle Bezüge, die über den durchschnittlichen FacharbeiterIn-

nenlohn hinausreichen, für politische Arbeit – im Gegensatz zu den korrupten, gut bezahlten PolitikerInnen der etablierten Parteien in Irland.

ES IST DAS SYSTEM

Ungerechtigkeit ist Teil des kapitalistischen Systems. Im Kapitalismus gibt es eine kleine Schicht von Reichen. Die breite Masse ist die darauf angewiesen, zu arbeiten, um sich selbst zu erhalten. Mit der wirtschaftlichen Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Während laut einer Studie der Arbeiterkammer die Gewinne der österreichischen Unternehmen seit 1995 um 44% gestiegen sind, blieben die Löhne und Gehälter um mehr als die Hälfte zurück. Wirkliche soziale Gerechtigkeit wird auf Dauer nur durch einen Bruch mit dem Kapitalismus möglich sein – in einer sozialistischen Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft würde die Produktion demokratisch gemeinsam von den Menschen in den Betrieben geplant und verwaltet, und gewählte VertreterInnen dürften nicht mehr als einen FacharbeiterInnenlohn beziehen.

## Der Standpunkt

Ist Haider neu?  
Nein, mit  
Verzweiflung  
gewaschen!

von Sonja Grusch



In den letzten Monaten scheint Haider wie verwandelt. War er früher am rechten Rand der FPÖ, betreibt er nun den Ausschluss von Rechtsaußen Mölzer. Attackierte er früher permanent die eigene Regierungsmannschaft, tritt er nun als deren größter Fan auf. Ist er "auf seine alten Tage" nun ruhiger, vernünftiger geworden? Ist er vielleicht gar zum "Liberalen" mutiert? Mitnichten! Dass Haider ein Chamäleon ist, hat er schon früher bewiesen. Sein zentrales Mittel war immer der Populismus. Damals wie heute. Jetzt tritt er gegen die "Störenfriede" auf, die das Bild einer einheitlichen Partei stören. Ausschlüsse von KritikerInnen in der eigenen Partei gab es schon immer. Die Ausgeschlossenen sind mal mehr, mal weniger weit rechts, aber an der Methode ändert sich nichts.

Wird Haider nun gar zum Bündnispartner gegen Ultra-rechte oder gegen Sozialabbau? Vor Hoffnungen in einen neuen, streichelweichen Haider kann nur gewarnt werden. Wenn er es für stimmenmäßig nötig hält, wird er auch künftig ImmigrantInnen angreifen, gegen Frauen hetzen und Gewerkschaften bekämpfen. Ob mit blauem oder orangem Schal, ist dabei unwichtig. Der jetzige "neue" Haider hat als Hintergrund die Krise der FPÖ. Öffentliche Zerfleischung, abfallende FunktionärInnen und ein riesiger Schuldenberg lassen ihn das Heil in einer "neuen" FPÖ suchen. Was er allerdings verkennt, ist, dass der Aufstieg der FPÖ in den 80er und 90er Jahren nicht allein seiner Person geschuldet war. Er war "nur" der richtige Mann zur richtigen Zeit, um der Wut über Sozialabbau und Privatisierung eine rechte (Pseudo)-Lösung anzubieten. Diese Wut gibt es heute immer noch – aber im Gegensatz zu damals wurde 1) die FPÖ an der Macht ausgesetzt und gibt es 2) Widerstand aus den Gewerkschaften. Ist das Phänomen Haider am Ende – kann er uns gar leid tun, dass sein Lebenswerk in Scherben liegt? Das Phänomen Haider kann sich wiederholen – mit Haider oder jemand anderen. Allerdings nur, wenn der Widerstand gegen zynische und arrogante Regierungspolitik nicht von ArbeiterInnenorganisationen geführt wird. Haider ist nicht neu – aber es gilt wachsam zu bleiben, gegen alten und neuen Rechtspopulismus.

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

# FPÖ: Achtung! Keine Entwarnung!

So schön ihre Selbsterfleischung anzusehen ist, die rechte Gefahr ist (noch) nicht gebannt

von John Evers,  
SLP Wien-Nord

Der Grund für das Scheitern der Freiheitlichen als Regierungspartei liegt in ihrer asozialen Politik und ihrer strukturellen Schwäche als eine Partei, welche vor allem durch – rechten – Populismus groß geworden ist. Obwohl einst auch von vielen ArbeiterInnen gewählt, waren die Freiheitlichen zu keinem Zeitpunkt eine ArbeiterInnenpartei. Eine Million (Protest-)Stimmen kamen zwischen 1986 und 1999 zwar dazu (und gingen zwischen 2000-2005 schnell wieder verloren), neue Mitglieder oder gar ArbeiterInnen als "Parteibasis" gewann die Partei demgegenüber bis heute kaum. Haider und Co. profitierten lediglich geschickt vom neoliberalen Wandel der Sozialdemokratie und dem Versagen der Gewerkschaftsbewegung. Ihr eigenes populistisches, aber durch und durch neoliberales, gewerkschaftsfeindliches und rechtsextrêmes Konzept funktionierte aber nur als "kanti-

ge" Opposition. Als Regierungspartei stieß sie binnen weniger Monate an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Die jetzigen inneren Auseinandersetzungen sind keine Abkehr vom Rechtsextremismus, sondern ein Streit um den Weg einer notwendig gewordenen Neupositionierung der extremen Rechten. Möglich ist sogar die Verschärfung der Bedrohung für MigrantInnen und Linke durch eine neue ultrarechte Partei geführt von Mölzer, Stadler und Co. Auch wenn die Zukunft der FPÖ und damit der Regierung im Moment offen ist: Die Gefahr bleibt bestehen (siehe Kommentar) – und damit die Notwendigkeit, ihr durch eine neue, sozialistische ArbeiterInnenpartei entgegenzutreten.

Mehr auf [www.slp.at](http://www.slp.at).

## TERMIN

Donnerstag, 14. April in Wien

DEMO gegen FP-Wien Partei-tag, 16 Uhr, U1 Vorgartenstr.



## “Schutzzone” Resselpark: Repression statt Integration

von Gilbert Medwed,  
SLP Wien -Süd

Seit 14. Februar ist jener Teil des Resselparks, welcher sich vom Ausgang der U-Bahnstation Karlsplatz bis zum Portal der evangelischen Privatschule erstreckt, per Verordnung der Wiener Polizei zur Schutzzone erklärt worden. Gesetzliche Grundlage für diese Verordnung ist das mit 1.1.2005 novelliert in Kraft getretene Sicherheitspolizeigesetz (SPG). Es besagt, dass Personen, die sich verdächtig machen, eine strafbare Handlung (z.B. den Verkauf von Drogen) in unmittelbarer Nähe einer Schule, eines Kindergartens oder eines Tagesheims begehen zu wollen, aus diesem Bereich weg gewiesen werden können (SPG §36), vorausgesetzt, die Leitung der Einrichtung hat um die Errichtung einer solchen Schutzzone angesucht.

## SZENE VERLAGERT SICH

Dieses Vorgehen gegen die Drogenszene am Karlsplatz ist keineswegs neu, gab es doch in den achtziger Jahren kurzfristig die so genannte "Lex Karlsplatz", welche die Wegweisung Verdächtiger ermöglichte. Dies führte allerdings nur zur Verlagerung der Szene an andere Orte und erschwerte sozialarbeiterische Maßnahmen am Karlsplatz. Da sich an der Grundproblematik des Drogenmissbrauchs

unter kapitalistischen Bedingungen seit damals nichts geändert hat, sind auch heute nur negative Auswirkungen der Schutzonenregelung festzustellen: suchtkranke Menschen werden durch repressive Maßnahmen vertrieben und daran gehindert, speziell auf sie zugeschnittene Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen.

## ZUGANG ZU UNTERSTÜTZUNG WIRD ERSCHWERT

Ein solches Angebot stellt auch die mobile Anlaufstelle ("Spritzenbus") des Vereins Wiener Sozialprojekte (WVS) dar, der den suchtkranken KlientInnen den Spritzenaustausch und andere dringend benötigte Leistungen bietet und seit 15. Jänner auch im Resselpark Halt macht. Der Erfolg solcher Einrichtungen liegt an ihrer Niederschwelligkeit. Das bedeutet, dass soziale Leistungen direkt und persönlich von den Menschen, die sie benötigen, in Anspruch genommen werden können. Das ist nur möglich, wenn auch der Zugang zu diesen Einrichtungen gegeben ist, der aber durch die Schutzzone deutlich erschwert wird. Um den Spritzenbus oder den Sozialen Stützpunkt (Streetwork) am Karlsplatz zu erreichen, ohne durch die Schutzzone zu gehen (und sich damit der Repression durch die Staatsgewalt auszusetzen),

müssen suchtkranke Menschen beträchtliche Umwege in Kauf nehmen. Auf diese Weise werden Kranke nicht nur daran gehindert, ihnen zustehende soziale Leistungen in Anspruch zu nehmen, sondern auch noch kriminalisiert und gedemütigt.

## SPARZWANG UND REPRESSION

Die Schutzzone muss im Zusammenhang mit allen anderen Verschlechterungen sozialer Standards und der Politik der Aushungerung sozialer Vereine unter dem Vorwand des Sparzwanges gesehen werden. Sie dient der Erhöhung des Drucks auf all jene, die dem System kapitalistischer Ausbeutung nicht gewachsen sind und überantwortet sie dem Urteil der bürgerlichen Justiz (vgl. das Gesetz gegen "unmotiviertes Stehen bleiben", das als neues Schubgesetz gegen Obdachlose eingesetzt wird). Im Übrigen wäre die Problemlage, die im Resselpark zwischen Schule und Drogenszene besteht, einer Lösung durch professionelle sozialarbeiterische Gemeinwesenarbeit zuzuführen, was freilich den politischen Willen dazu voraussetzt.

## FPÖ, ÖVP UND SPÖ FÜR AUSGRENZUNG UND DISKRIMINIERUNG!

Die politische Botschaft der Parteien, welche die Schutzzo-

ne unterstützen oder zur Kenntnis nehmen, an die WählerInnenenschaft im angrenzenden ersten und vierten Bezirk ist eindeutig: Ausgrenzung von allen Menschen, die nicht in die "Norm" passen. Zweideutig ist die Haltung der Grünen. Statt einer klaren Stellungnahme finden sich auf der Homepage der innerstädtischen Grünen nur ominöse Formulierungen: "Die Überwachung des öffentlichen Raumes ist ein Faktor, der die Sicherheit zum Teil tatsächlich erhöhen kann, der aber auch sehr wesentlich das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen verstärkt." SPÖ-Stadträtin Wehsely stellt demgegenüber die von der Schutzzone am Karlsplatz Betroffenen sogar mit den rechtsextremen AbtreibungsgegnerInnen von "Human Life International" gleich: "Frage: Wäre eine Schutzzone (vor der Klinik am Fleischmarkt, Anmerkung) analog zum Karlsplatz nicht besser? Wehsely: Ja, aber das ist Bundeskompetenz!" ([wien.spoe.at](http://wien.spoe.at)). FP-Strache, der unter Sozial- und Drogenpolitik beziehungsweise Sicherheitspolitik missversteht, fordert indes die Ausweitung der Schutzzone auf ganz Wien, womit wir dem von ihm erhofften Polizeistaat wohl noch einen Schritt näher wären. Wir erinnern an einen der Grundsätze des Wiener Drogenkonzeptes von 1999: "Bei Drogenkonsum-

menten hat die Beratung bzw. medizinisch-therapeutische Behandlung Vorrang vor der strafrechtlichen Verfolgung." und fordern dessen Umsetzung sowie die Aufhebung jeder Repression gegen sozial Schwache!

## SOZIALISTISCHE LÖSUNGEN

Darüber hinaus sehen wir als SozialistInnen das Problemfeld Drogensucht mit all seinen negativen sozialen Auswirkungen für die Betroffenen als Erscheinungsform und Folge der kapitalistischen Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse. Wir fordern die Vergesellschaftung des Drogenmarktes zur Beseitigung der Beschaffungskriminalität und der neokolonialen Ausbeutung drogenproduzierender Länder durch Drogenkartelle, Straffreiheit für KonsumentInnen und die ausreichende staatliche Finanzierung von Prävention, Therapie und Sozialarbeit!

## TERMIN

Freitag, 29. April in Wien

DISKUSSION:  
"Schutzonen – Ein Rezept gegen Drogenmissbrauch?"

19<sup>30</sup> Uhr, SLP Wien-Süd  
Bunte Kuh, Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

Kollektivvertrag einseitig gekündigt – Massive Verschlechterungen gefordert

# Druckbranche: Sperrfeuer der Unternehmer

von Harald Mahrer,  
SLP Wien-Süd, Mitglied DJP

Der Verband Druck- und Medientechnik kündigte einseitig den Kollektivvertrag für das grafische Gewerbe. Dies bedeutete, dass für rund 14.000 Beschäftigten ab 1. Juli 2005 ein "vertragsloser" Zustand einzutreten drohte.

Die Unternehmer legten gleichzeitig Forderungen für einen neuen Kollektivvertrag (KV) auf den Tisch. Unter dem Motto "Rettet die Branche" sollen die KollegInnen in den Druckereien Lohnneinbußen bis zu 30% und längere Arbeitszeiten hinnehmen.

Die Hauptforderungen der Unternehmer ist Flexibilisierung, was nichts anderes als Abbau von Zuschlägen für Überstunden, Nacht- bzw. Sonn- und Feiertagsarbeit bedeutet. Sogar die Schaffung eines eigenen Kleinbetriebe-KV's wurde gefordert: KollegInnen würden dann für die gleiche Arbeit – je nach Betriebsgröße – unterschiedlich bezahlt werden. Diese Forderungen wurden von der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (DJP) zurecht als inakzeptabel zurückgewiesen.

VERLUSTE BIS ZU EUR  
14.000,- IM JAHR

Die DJP berechnete den Jahresverlust für einen Beschäftigten in der Druckvorstufe, der in einem 2-Schicht-Betrieb



Informationsveranstaltung der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier am 16. März in Wien. **VORWÄRTS** war dabei.



mit durchschnittlichen Überstunden arbeitet. Unfassbare EUR 14.000,- brutto pro Jahr fielen an Zuschlägen für Nachtarbeit und Überstunden weg.

## WIDERSTAND REGT SICH

Am 16. März kamen über 700 KollegInnen zu einer DJP-Versammlung in Wien Floridsdorf. Mit Trommeln, Megaphonen und Sprechchören wie "Kämpfen, kämpfen, kämpfen" wurde unterstrichen, dass die KollegInnen nicht bereit sind, kampfflos aufzugeben. Die Redner wetteten gegen Lohnraub und den "unerhörten" Angriff auf die Sozialpartnerschaft. Franz Bittner (DJP) erklärte die Strategie der DJP: Erstens Versammlungen wie diese, zweitens Überstundenboykotte und drittens "intelli-

gente" Streiks, nicht überall gleichzeitig, nicht zu lang. Tosen Applaus wertete er mit den Worten "Ich glaub, wir müssen net abstimmen!" als Zustimmung zu Kampfmaßnahmen. Als politische Antwort gab Fritz Verzetnitsch die Parole "Flexibilisierung ja, Lohnraub nein" aus. Wolfgang Katzian (GPA) präzierte: "Flexibilisierung im Tausch gegen Arbeitszeitverkürzung". Am Tag nach dieser eindrucksvollen Veranstaltung stimmten die Unternehmer zu, den alten KV noch bis 31.12. gelten zu lassen, sowie ihr Forderungspaket zurückzunehmen und ein neues vorzulegen.

## VORSICHT IST GEBOTEN

"Flexibilisierung im Tausch gegen Arbeitszeitverkürzung"

ist doppelt gefährlich. Erstens erhöht sich der Arbeitsdruck, da zunehmend zu stressigen Zeiten gearbeitet wird und zweitens werden mögliche positive Effekte von Arbeitszeitverkürzung auf den Arbeitsmarkt verringert bzw. verunmöglicht. Bei einer Arbeitszeitverkürzung um 10%, müssten theoretisch 10% mehr Leute eingestellt werden. Bei hoher Flexibilisierung ist dies nicht der Fall, da die KollegInnen bei Bedarf länger da sind. Taktisch sind Überstundenboykotte und "intelligente" Streiks zu hinterfragen. Überstundenboykotte sind sehr individuelle Maßnahmen, die noch dazu stark auf das Einkommen drücken. Sie sind daher schwer durchzuhalten. Streiks, die nicht flächendeckend und ausreichend lang sind,

schmerzen Unternehmer einer Branche mit 30% Überkapazitäten wenig. Dringende Aufträge können zu nicht streikenden Betrieben ausgelagert werden, kurze Streiks bedeuten einfach ein wenig Zeit, die die Unternehmer nicht zahlen müssen. Bei schlechter Ausstattung kein "großes Problem". Angesichts der Dreistigkeit der Unternehmer ist konsequenter Widerstand notwendig. Nicht nur für die Arbeitsbedingungen und Löhne der KollegInnen in der Druckbranche, sondern gesamtgewerkschaftlich gesehen. Denn: Geht dieser Angriff auf eine der bestorganisierten Branchen durch, sind die Schleusen weit offen für Angriffe in allen anderen Branchen.

Ihr da oben, ...  
*Heimische  
Manager cashen ab*

Österreichische Manager nischen nicht nur an den sprunghaft gestiegenen Gewinnen im Rahmen ihrer Erfolgsbeteiligungen mit, sondern profitieren zudem von der Kursexplosion an der Wiener Börse. Rund 60 Prozent der im ATX versammelten Unternehmen haben ihre Führungskräfte zu potenziellen AktionärInnen gemacht ("stock options").

Im Vorjahr bescherten die Optionsprogramme den Vorständen ein Zubrot von durchschnittlich 120.000 Euro. Ein paar Beispiele: beim Technologiekonzern VA Tech, der 2004 ein negatives Ergebnis von 66 Millionen Euro einfuhr und bei dem ständig von Rationalisierung und Personalabbau die Rede ist, räumen die Manager ordentlich ab: 35 Millionen Euro fielen 2004 für 120 Führungskräfte ab! Bei RHI bekam jedes Vorstandsmitglied ein steuerlich begünstigtes "Optionen-Zuckerl" im Wert von 800.000 Euro!

## "Weniger Arbeit – mehr Dividende"

Zu diesem Ergebnis kommt eine AK-Studie, bei der 324 Kapitalgesellschaften im Zeitraum von 1994 bis 2003 untersucht wurden. Die Ausschüttungsquote, das sind die Ausschüttungen in Prozent des Jahresüberschusses, erreicht im Durchschnitt dieser zehn Jahre die Höhe von knapp 79 Prozent. Gleichzeitig ist der Beschäftigungsstand dieser Unternehmen um 8,9 Prozent gesunken. Zusammenfassend kann man/frau also feststellen, dass die Einsparungen beim Personalaufwand dazu dienen, den AktionärInnen höhere Dividenden zukommen zu lassen.

## Nur jede/r Dritte mit Einkommen zufrieden

Im Zuge einer "Spectra"-Umfrage, die sich mit der Einkommenslage der ÖsterreicherInnen beschäftigte, gaben nur fünf Prozent der Befragten an, "im Großen und Ganzen" mit der Höhe ihres Einkommens "sehr zufrieden" zu sein, 28 Prozent bezeichneten sich als "zufrieden". 36 Prozent antworteten mit "es geht", 13 Prozent mit "weniger" und neun Prozent mit "gar nicht zufrieden".

Jede/r Zweite berichtet, dass sein/ihr Gehalt gleich hoch geblieben sei und 15 Prozent hätten Einbußen hinnehmen müssen. Die enttäuschende Lohnentwicklung der letzten Jahre geht aus der Studie auch hervor, da nur acht Prozent der Befragten angeben, sich mit ihrem Lohn mehr als im Vorjahr leisten zu können. 41 Prozent merken hingegen an, dass die Kaufkraft ihres Geldes geringer geworden ist.

... wir hier unten!

## Eisenbahner als Gefängniswärter?

# ÖBB: Untergangsstimmung

von Franz Breier jun.,  
SLP Wien-Mitte

Das Unternehmen schickte an alle Beschäftigten ein Mail aus, in dem es jedem/jeder einen "golden handshake" anbietet. Viele wollen dieses Angebot annehmen und sich einen anderen Job suchen. Die Stimmung bei der Eisenbahn ist laut Berichten von Betroffenen katastrophal. In Lenzing/OÖ haben sich innerhalb kurzer Zeit rund 300 EisenbahnerInnen bei der größten Fabrik der Region beworben. Sie wollen weg vom Chaos bei den "neuen" ÖBB.

CHAOS BEI LOHN-  
ABRECHNUNGEN

Es scheint derzeit kaum eine Lohnabrechnung zu stimmen. Bis zu mehrere hundert Euro "fehlen" einfach. Das Problem mit den Abrechnungen ist sicherlich auf die Umstellungen zurückzuführen. Dennoch stellt sich die Frage, ob auch Berechnung des Unternehmens im Spiel ist. Einerseits kommt (noch) niemand mit dem neuen komplizierten System zurecht. Angeblich stehen viele Lohn-Verrechner einem Nervenzusammenbruch nahe. Andererseits wirken sich all diese Unsicherheiten und Ärgernisse zermürend auf

die KollegInnen aus. Vielleicht gehen so mehr "freiwillig", damit das Management die geplante Arbeitsplatz-Vernichtung schneller durchpeitschen kann?

## SCHON JETZT HERRSCHT PERSONALMANGEL

In einer Aussendung des Unternehmens an alle FahrdienstleiterInnen wird angeordnet, im Falle einer Zugverspätung (was immer öfter vorkommt!) nur ja nicht den wahren Grund zu nennen: Personalmangel!

## CHANCE FÜR KÄMPFERISCHE INITIATIVEN?

Ob es konkrete Initiativen gegen diese unzumutbaren Zustände geben wird, hängt von kämpferischen KollegInnen vor Ort ab. Die Umwälzungen können, trotz Chaos und Verschlechterungen, Chancen bieten, eine neue Tradition kämpferischer Interessensvertretung aufzubauen; fernab von der Kontrolle jener trägen und kampfunfähigen Teile der GdE-Führung. Die fraktionsübergreifende "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" nimmt sich zum Ziel, solche Versuche aktiv zu unterstützen.



Aktion "Ges.m.b.H. freie Zone" in Stuttgart

## Neues aus der Plattform "Soziales in Wien"

# Aktion oder Verhandlung?

von Michael Gehmacher,  
Behindertenbetreuer und  
Betriebsrat beim ÖHTB, Wien

Am 18. Jänner hielt die "Plattform Soziales in Wien" eine gemeinsame Betriebsversammlung ab. Die Plattform ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und BetriebsrätInnen aus dem Wiener Sozial- und Pflegebereich, verschiedenen Berufsverbänden und socialAttac.

Eine zentrale Forderung an den FSW und die Gemeinde Wien ist jene nach ausreichenden Förderungen für die Arbeitgeber im Sozialbereich (meist Vereine), um dem Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarungen entsprechend bezahlen zu können. Eine Versammlung beschloss einstimmig, im März eine große Aktion für die Forderungen abzuhalten. Ein Beschluss, der bis heute leider

nicht umgesetzt wurde. Internationale Beispiele zeigen: Mit dem Widerstand der Betroffenen kann man erfolgreich sein. In Stuttgart erklärten Belegschaft, Verdi und linke Gruppen das Stuttgarter Klinikum zur "GesmbH freien Zone". 400 KollegInnen beteiligten sich.

Mit Erfolg: "Erstmal bleiben wir Eigenbetrieb und erstmal verzichtet die Stadt auf die Forderung nach einem Absenkerstarifvertrag. Damit bleiben wir das einzige städtische Klinikum in dieser Größe in Deutschland (so viel wir wissen), das nicht als GmbH betrieben wird oder schon verkauft ist", schreibt Dieter Jansen, Personalratsvorsitzender des Klinikums und Mitglied der SAV. Diese Aktion ist für die Plattform "Soziales in Wien" vorbildhaft. Mit konkretem Widerstand, organisiert gemeinsam mit den Be-

troffenen, erreicht man mehr als mit Verhandlungen. Verhandlungen bringen nur was, wenn das Gegenüber, in unserem Fall die FSW-Spitze und die Gemeinde Wien, Angst vor der Mobilisierung der Betroffenen und der negativen Öffentlichkeit haben. Im Sozialbereich stehen Kürzungen ins Haus, diese gilt es abzuwehren. Die Chance der Plattform liegt in der überfraktionellen Zusammenarbeit von BetriebsrätInnen und der Möglichkeit, viele der 15.000 Betroffenen zu erreichen.

## TERMIN

Dienstag, 3. Mai in Wien

DISKUSSION: "Wie weiter mit der Plattform Soziales in Wien?"

19<sup>00</sup> Uhr, Café Sperlhof,  
Große Sperlg. 41, 1020 Wien

Vor 30 Jahren endete einer der blutigsten Feldzüge der Geschichte: Der Vietnamkrieg

# Der amerikanische Krieg

Von Sonja Grusch, SLP Wien Nord

Bis heute heißt der Vietnamkrieg in Südostasien "amerikanischer Krieg". Für die herrschende Klasse in den USA bedeutete die Niederlage in Vietnam ein tiefes Trauma, aus dem sie sich erst konsequent mit dem Irak-Krieg zu befreien versuchte. Für den Vietnam war es der wichtigste Sieg in einem langen Kampf um Befreiung.

## BOURGEOISIE KÄMPFT(E) NICHT FÜR UNABHÄNGIGKEIT

1859 wurde "Indochina" (das auch Laos und Kambodscha umfasste) französische Kolonie. Der Kampf gegen die Kolonialherren wurde von Anfang an in erster Linie von den "armen Leuten" – den ArbeiterInnen und BäuerInnen – getragen, während die einheimischen Eliten sich mit den Besatzern arrangierten. Zur zentralen Organisation in der Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich schließlich die erst 1930 gegründete Kommunistische Partei Vietnams (KPV). Der russische Revolutionär Leo Trotzki hat diese – für (ehemalige) Kolonien typische – Entwicklung in seiner "Theorie der permanenten Revolution" beschrieben. Die nationale herrschende Klasse ist aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Kolonialherren nicht in der Lage, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution – bürgerliche Demokratie, nationale Unabhängigkeit, Landreform – zu erfüllen. Nur die unterdrückten Massen, die BäuerInnen und v.a. die ArbeiterInnenklasse, sind dazu in der Lage. Trotzki erklärt weiters, dass die Sicherung dieser Errungenschaften nur möglich ist, wenn der Kapitalismus gestürzt und durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzt wird.

## STALINISTISCHE IRRWEGE

Der Sieg der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion Ende der 20er Jahre bedeutete sowohl innen- als auch außenpolitisch die Beseitigung aller zentralen Elemente marxistischer Theorie und sozialistischer Programmatik. Alle kommunistischen Parteien wurden "gesäubert" und auf einen Kurs gleichgeschaltet, der lediglich den Machtinteressen Moskaus entsprach. Klassenkämpfe und unabhängige Bewegungen hatten in der Politik der in der UdSSR herrschenden Bürokratie zunehmend keinen Raum mehr: In den Kolonien erklärte sie die ArbeiterInnenklasse nun zu einem Anhängsel der Bourgeoisie. Die ArbeiterInnenorganisationen hatten ihrer Theorie nach die Aufgabe, die nationale Bourgeoisie in ihrem – oft nur vermeintlichen – Kampf für nationale Unabhängigkeit zu unterstützen. Die Erfahrungen der Oktoberrevolution, in welcher die ArbeiterInnenklasse unabhängig von der Bourgeoisie in einem rückständigen Land die Macht erkämpfen konnte, wurden so auf den Kopf gestellt. Während des 2. Weltkriegs gingen die StalinistInnen noch einen Schritt weiter: Ihrem Bündnis mit den Alliierten in Europa entsprechend, zwangen sie die kommunistischen Parteien in den britischen und französischen Kolonien bzw. in jenen in Lateinamerika, jeden antiimperialistischen Widerstand aufzugeben und ausschließlich den Kampf gegen Japan (bzw. Deutschland und Italien) zu unterstützen. Konkret endeten diese Bündnisversuche in vielen Fällen in Gemetzeln an den örtlichen KommunistInnen.

## KP GEGEN STARKE ARBEITERINNENBEWEGUNG

In westlichen Geschichtsbüchern werden (Ex-)Kolonien meist als rein bäuerliche, völlig rückständige Gesellschaften dargestellt. Ignoriert wird, dass es in all diesen Ländern eine junge und meist kämpferische ArbeiterInnenklasse gab. Auch in Vietnam entstand mit Ende des 19. Jahrhunderts eine ArbeiterInnenbewegung. In den 20er und 30er Jahren kam es zu einer Reihe von Streiks, 1930 zu einer Streikwelle mit Aufständen und sogar der Bildung von Volksräten, in denen ArbeiterInnen eine wichtige Rolle spielten, 1938 zum Generalstreik. Am Ende des 2. Weltkriegs lag die Macht auf der Straße; die

französischen Kolonialherren waren durch den Krieg stark geschwächt und die zeitweilige Besatzungsmacht Japan vernichtend geschlagen worden. In der Augustrevolution 1945 kam es zu Massendemonstrationen und wieder entstanden revolutionäre Volks- und ArbeiterInnenräte. Die KP unter Ho Chi Minh verfolgte ein anderes Konzept. Sie war de facto im Viet Minh, einer breiten nationalen Widerstandsfrente, aufgegangen und erklärte zwar die Unabhängigkeit zum Ziel, nicht aber den Sturz der von Frankreich komplett dominierten kapitalistischen Strukturen des Landes. Dieses halbherzige Vorgehen gab den französischen Kolonialherren die Möglichkeit, gemeinsam mit den vietnamesischen Eliten gegen die am 2.9.1945 ausgerufenen Republik zu putschen.

## VERMEIDBARE OPFER

Die Opferbereitschaft der vietnamesischen KämpferInnen in den Unabhängigkeitskriegen gegen Frankreich (1945-54) und gegen die USA (1964-75) war enorm. Nach vietnamesischen Schätzungen starben allein im "amerikanischen Krieg" eine Million SoldatInnen und vier Millionen ZivilistInnen. Hinzu kommt noch die Zerstörungen von Menschen und Natur durch den Einsatz moderner chemischer Waffen ("Agent Orange"). Mit teilweise improvisierten und technologisch völlig veralteten Mitteln zwangen die VietnamesInnen zuerst Frankreich und dann die Supermacht USA in die Knie. Die Politik der KP – Zusammenarbeit mit Teilen des Imperialismus, die Rettung des Kapitalismus und das Vorgehen gegen ArbeiterInnen und BäuerInnen – hatte die Grundlage für einen langen und blutigen Unabhängigkeitskrieg gelegt. Ein alternativer Weg wäre möglich gewesen: In Sri Lanka war die führende Organisation der ArbeiterInnenbewegung und der Unabhängigkeitsbewegung die LSSP, eine damals trotzkistische Partei. Sie verband den Kampf für Unabhängigkeit mit jenem gegen Kapitalismus. Sri Lanka, das strategisch durchaus bedeutend für den Imperialismus war, erreichte seine Unabhängigkeit unter verhältnismäßig weniger Schmerzen als z.B. Indien oder Vietnam, in denen das stalinistische Konzept in der Praxis durchgeführt wurde.

## GUERRILLATAKTIK ALS BASIS DES STALINISMUS

Der Viet Minh (im Krieg gegen die französischen Truppen) und später der Viet Cong bzw. die FNL (süd- und nordvietnamesischen Truppen gegen die USA) waren Guerillatruppen. Sie bestanden v.a. aus BäuerInnen, hatten stark hierarchische Strukturen und als Ziel einzig die Unabhängigkeit. Nach der Augustrevolution 1945 hatte die KP die Städte verlassen und ihre Arbeit aufs Land konzentriert. China und Vietnam, aber auch Kuba, haben gezeigt, dass ein Unabhängigkeitskrieg mit einer Guerillaarmee gewonnen werden kann. Sie haben aber auch gezeigt, dass der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf dieser Grundlage nicht möglich ist. Sozialismus – im Gegensatz zu einer stalinistischen Diktatur – braucht die aktive Teilnahme der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft. Sie müssen in Räten auf allen Ebenen der Gesellschaft entscheiden. Eine Guerillaarmee, die die ArbeiterInnenklasse de facto ausschließt, kann eine solche demokratische Grundlage nicht schaffen. In Vietnam wurde daher im Norden ab Mitte der 50er Jahre und im Gesamtstaat nach dem Abzug der US-Army bzw. nach der Vereinigung 1976 eine stalinistische Diktatur errichtet. Die Partei- und Staatsbürokratie orientierte sich nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und China an ersterer und beteiligte sich mit dem Krieg gegen Kambodscha und China auch an bewaffneten inner-stalinistischen Auseinandersetzungen.

## DER KAPITALISMUS WIRD WIEDER EINGEFÜHRT

Jahrzehntelange Kriege, massive Zerstörung durch die US-Bombardements und der bürokratische Stalinismus führten dazu, dass Viet-

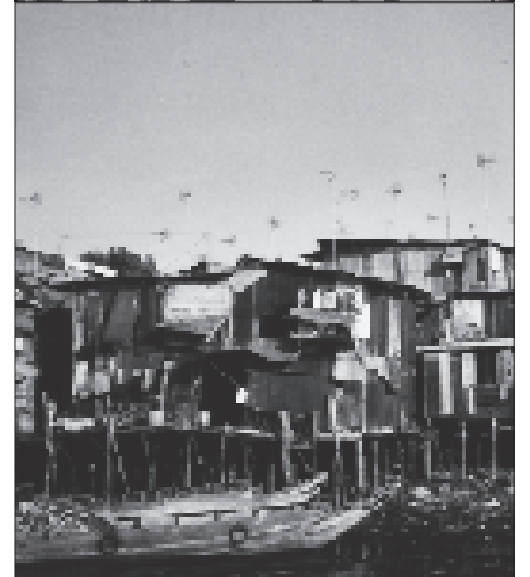
nam in den 80er Jahren eines der ärmsten Länder der Welt war. Mitte der 80er Jahre entschied sich die stalinistische Bürokratie für einen Kurswechsel, genannt "Doi Moi". Die Wirtschaft wurde, ähnlich wie in China, für ausländisches Kapital geöffnet. Bis Ende dieses Jahres will Vietnam der WTO beitreten. Die Landwirtschaft wurde privatisiert, ebenso Teile der Industrie. Obwohl noch rund 6000 Betriebe offiziell verstaatlicht sind, haben sie große Autonomie und werden von den jeweiligen VertreterInnen der Bürokratie (das gilt auch für die staatliche Gewerkschaft) wie private Unternehmen geführt. Gabriel Kolko, keineswegs ein Gegner der vietnamesischen Führung, hatte bereits 1986 angemerkt: "Die meisten kommunistischen Anführer waren im wesentlichen administrative Problemlöser ... und hatten erstaunlich oberflächliche theoretische und analytische Fähigkeiten ... Von den hunderten vietnamesischen Anführern, die ich nach 1967 getroffen habe, auf allen Ebenen von der Basis bis zu Mitgliedern des Politbüros, hat keiner marxistische oder leninistische Doktrinen in sein Denken in irgendeiner Art einbezogen, und, noch wichtiger, nur sehr wenige haben überhaupt versucht, es zu tun." Die stalinistische Bürokratie änderte ihre Taktik ohne ideologische Probleme – weil Sozialismus bzw. Kommunismus in ihrem Denken bestenfalls Mittel zum Zweck war. Sie führte in den letzten 20 Jahren den Kapitalismus wieder ein.

## ZWEI SEITEN DER MEDAILLE

Heute hat Vietnam hohe Wachstumszahlen, Reis wird exportiert, Öl gefördert und ausländische Unternehmen eröffnen Niederlassungen. Hat der Kapitalismus also Verbesserungen gebracht? Auf den ersten Blick mag es so scheinen, der Lebensstandard ist heute besser als vor 20 Jahren. Auf den zweiten Blick muss aber berücksichtigt werden, dass nach den Kriegen zuerst einmal die banalsten Grundlagen der Wirtschaft wieder aufgebaut werden mussten. Der Kapitalismus kam, sah und siegte erst, als diese Grundlagen wieder geschaffen waren. Der Kapitalismus schafft außerdem nicht nur GewinnerInnen. In den Sonderwirtschaftszonen gelten die Arbeitsgesetze de facto nicht, Gewerkschaften sind verboten, rund 90% arbeiten mit kurzzeitigen Arbeitsverträgen (falls sie überhaupt Verträge haben). Arbeitslosigkeit ist ein Massenphänomen – Schätzungen sprechen von ein bis zwei Drittel des Arbeitskräftepotenziales, das keinen Job hat. Auf Druck von WTO, IWF und Weltbank werden die Märkte und auch der Dienstleistungsbereich geöffnet, was in den kommenden Jahren v.a. in der Landwirtschaft wohl zum Verlust des Landes durch die Kleinbauern führen wird. Der freie Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen wurde abgeschafft, seither steigt der Analphabetismus (vor allem unter Frauen und der Landbevölkerung) wieder.

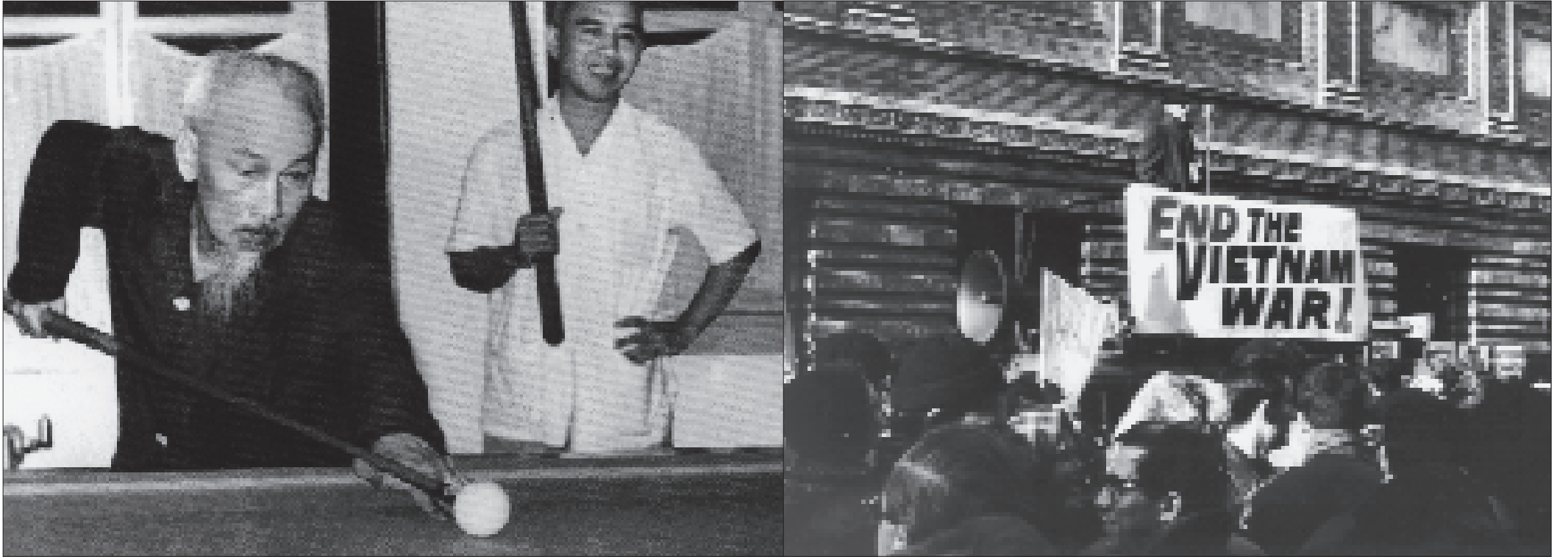
## GIBT ES EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT FÜR VIETNAM?

Obwohl es zweifellos noch Elemente eines stalinistischen Staates gibt, ist das dominierende Element bereits der Kapitalismus. Gegen die zunehmende Ausbeutung regt sich Widerstand. Es gibt Streiks von ArbeiterInnen und regionale Unruhen und Aufstände. Natürlich gibt es auch Illusionen in den Kapitalismus. Aber der momentane Aufschwung ist abhängig von den Entwicklungen der Weltwirtschaft und insbesondere Chinas. Eine Krise in dieser Region wird harte Rückschläge für die Menschen in Vietnam bedeuten. Die mangelnde Demokratie – Vietnam ist ein bürokratischer Ein-Parteien-Staat – kann Thema in künftigen Konflikten sein. Hier wird es nötig sein, die Forderungen nach demokratischen Rechten zu unterstützen, aber auch zu erklären, dass eine bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild an den wachsenden sozialen Unterschieden und an Armut und Ausbeutung nichts ändern wird. Heute ist der Aufbau von unabhängigen Organisationen der ArbeiterInnenklasse eine schwere, aber notwendige Aufga-



Vietnam heute. Fotos Sonja Grusch & Albert Kropf

be. Sie muss mit den Illusionen in den Kapitalismus und den Erfahrungen mit einer stalinistischen Diktatur umgehen und ein eigenständiges, sozialistisches Programm entwickeln. Ein solches Programm muss beim täglichen Kampf ums Überleben in einer zunehmend chaotischen Wirtschaft, in der Menschen nur billige Arbeitskräfte sind, ansetzen. Es muss die Grenzen der Fähigkeit des Kapitalismus aufzeigen, für alle Menschen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Ein solches Programm muss eine sozialistische Alternative aufzeigen – eine Gesellschaft, die nach den Bedürfnissen der Menschen geplant wird und in der nicht die Profite nationaler oder internationaler KapitalistInnen im Mittelpunkt stehen. Eine Gesellschaft, in der die ArbeiterInnen und BäuerInnen entscheiden und nicht Parteibonzen und Unternehmen.



# 49 Jahre, ein Land, viele Fronten

*In den zahlreichen Konflikten rund um den Vietnam spiegeln sich die Welt-Beziehungen des 20. Jahrhunderts.*

Von Albert Kropf, SLP Wien Mitte

Der Vietnamkrieg begann eigentlich schon 1940 mit dem Überfall Japans auf Südostasien. Auch Indochina kam unter japanische Verwaltung, der schwache französische Imperialismus konnte sich nicht behaupten. 1941 kehrte Ho Chi Minh zurück und gründete die "Liga für die Unabhängigkeit Vietnams" (Viet Minh). Der kämpfte nun auf Seiten der Alliierten gegen Japan. Mit der Niederlage Japans im Krieg entstand ein Machtvakuum. Der japanische Imperialismus war geschlagen und auf dem Rückzug, der französische noch nicht wieder vor Ort. Gestützt auf eine de facto Abschrift der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung rief Ho Chi Minh die Demokratische Republik Vietnam aus: "Unsere Regierung (...) ich wiederhole, ist eine demokratische Regierung der Mittelklasse, auch wenn die Kommunisten nun an der Macht sind" (Innenminister des Provisorischen Exekutiv-Komitees). Es folgte aber nicht die Anerkennung, sondern die Landung der französischen Fremdenlegion. Unter denen befanden sich viele Faschisten (unter ihnen viele SS-ler), denen so die Flucht vor ihren Kriegsverbrechen gelang. Dementsprechend brutal und menschenverachtend wurde der Krieg auch von Seiten der "Franzosen" geführt. Entschieden wurde der Indochinakrieg schließlich mit der Niederlage der Franzosen in der Schlacht von Dien Bien Phu 1954. Frieden bedeutete dies aber nicht.

## EIN ZWEITES KOREA UND DIE NEUE WELTLAGE

Auf der Indochina-Konferenz 1954 wurde Vietnam entlang des 17. Breitengrads zweigeteilt und für 1956 über die gemeinsame Zukunft entscheidende Wahlen versprochen. Während im Norden Ho Chi Minh die Demokratische Republik Vietnam regierte, setzten die USA im Süden eine Marionettenregierung mit Ngo Dinh Diem ein. Sehr schnell zeigte sich, dass an gemeinsame Wahlen nicht zu denken war und die Teilung ähnlich wie in Korea festgeschrieben würde. Die USA begannen Südvietnam hochzurüsten, "Militärbeobachter" der USA übernahmen mehr oder weniger Frankreichs Position. Wie heute im Irak oder Afghanistan versteckten die USA auch damals unter dem Deckmantel des Schutzes der Demokratie andere Interessen. In Südvietnam installierten sie damals die Diktatur einer korrupten Clique, die das Land ausblutete und gegen die Bevölkerung einen Krieg führte.

## ZWEIFACHER KRIEG

Vorerst beschränkte sich das "Engagement" der USA darauf, gemeinsame Wahlen zu verhindern. Gleichzeitig warteten sie aber nur darauf, gegen den Norden losschlagen zu können. Also inszenierten sie 1964 einen "Überfall" auf zwei ihrer Kampfschiffe im Golf von Tonking im

Norden Vietnams. Damit rechtfertigten sie die Massenbombardements gegen die Zivilbevölkerung im Norden und die Stationierung von über einer 1/2 Million US-Soldaten im Süden bis 1968. Dort hatte sich mittlerweile die Unabhängigkeitsbewegung FNL, die unter dem Einfluss Nordvietnams stand, gegründet. Mit jedem Tag der Marionettenregierungen wuchs die Unterstützung für die FNL. Folglich führten die USA nicht nur Krieg gegen Nordvietnam, sondern auch gegen die Bevölkerung im Süden. Im Kampf gegen die FNL verübten sie Massaker an der Zivilbevölkerung, schleiften ganze Dörfer und erklärten das Gebiet nördlich Saigons zur "free-fire-zone". Das hieß, dass alle Kampfpiloten angehalten wurden, alle restlichen Bomben, die sie nach ihren Einsätzen noch an Board hatten, dort abzuwerfen. Als der Widerstand weiter anwuchs, wurden Dioxin, Entlaubungsmittel und Napalmbomben eingesetzt, um "Herr der Lage" zu werden. Aber stattdessen grub sich die Bevölkerung regelrecht ein und errichtete ein 100e Kilometer weites Tunnelnetz im Kampf gegen die Besatzer. Wie weit der Widerstand sogar in den eigenen Reihen war, zeigt die Tatsache, dass der Präsidentenpalast Diems von einem südvietnamesischen Kampfpiloten bombardiert wurde. In den daraufhin neu errichteten Zug Diem allerdings nicht mehr ein, er wurde 1963 in einem Komplott unter Beteiligung des US-Geheimdienstes "liquidiert" und durch eine neue Marionette ersetzt.

## EIN EHRENHAFTER FRIEDE

Eines der größten Probleme der USA waren die Nachschublinien der FNL – der so genannte Ho-Chi-Minh-Pfad, der von Hanoi bis in die Vorstädte Saigons reichte. Dabei handelte es sich um ein flexibles Wegenetz durch den indochinesischen Dschungel, der dabei auch in die Staatsgebiete von Kambodscha und Laos reichte. Also bombardierten die USA auch diese Staaten massiv.

Mit Richard Nixon kam 1968 ein Mann an die Macht, der unter allen Umständen den Vietnamkrieg siegreich beenden wollte. Für die Völker Indochinas hieß das noch mehr Terror und Elend. Laos wurde 1970 ebenfalls zur "free-fire-zone" – insgesamt wurden in nur wenigen Jahren über Laos mehr Bomben abgeworfen als im 2. Weltkrieg auf Deutschland und Japan zusammen. Kambodscha wurde, vor allem der Süden, bereits seit 1965 regelmäßig mit Bombenteppichen belegt – bis 1975 wurden 200.000 KambodschanerInnen unmittelbar durch US-amerikanische Bomben getötet. Doch das reichte offenbar nicht aus und so unterstützten die USA 1970 einen Militärputsch des Generals Lon Nol und marschierten anschließend in Südkambodscha ein. Das löste nun endgültig einen BürgerInnenkrieg aus, der schließlich 1975 die von den USA unterstützten Roten Khmer an die Macht spülte. Unter ihrer Herrschaft wurden rund 2 Mill. KambodschanerInnen ermordet.

Nixon gewann die Präsidentenwahlen mit dem Slogan "für einen ehrenhaften Frieden". Aber statt Frieden gab es eine Ausweitung des Kriegs mit unvorstellbaren Auswirkungen, die noch lange die Völker Indochinas beeinflussen sollten.

## DER KRIEG IM HINTERLAND

Mit Fortdauer des Krieges eröffnete sich für die USA eine neue Front – die im eigenen Land. Spätestens mit der spektakulären Tet-Offensive (Tet = vietnamesisches Neujahr) im Frühjahr 1968 wurde weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung das tatsächliche Grauen des Krieges vor Augen geführt. Für einige Tage gelang es in einer gemeinsamen Militäraktion der NordvietnamesInnen und der Befreiungsfront größere Teile Südvietnams unter ihre Kontrolle zu bringen. Das umfasste auch die Vorstädte Saigons, das Herzen der amerikanischen Besatzungsmacht.

Spätestens mit dem Einmarsch in Kambodscha wurde das Fass zum Überlaufen gebracht. Nachdem es bereits in Europa und vielen anderen Erdteilen machtvolle Friedensbewegungen gab, schwappte die Bewegung auch in die USA über. Es begann an den Universitäten mit Diskussionsveranstaltungen und endete mit Massendemonstrationen gegen die US-amerikanischen Verbrechen in Indochina.

Unterstützt wurde die Friedensbewegung dabei von tausenden Vietnamveteranen und das kam nicht von ungefähr. Präsident Nixon hatte eine Studie in Auftrag gegeben, aus der hervorging, dass nur 40% der Soldaten in Vietnam für militärisch zuverlässig eingestuft werden konnten, 30% waren allgemein kritisch, 20% leisteten passiven Widerstand und 10% waren aktive Kriegsgegner. 1970 desertierten 60.000 Soldaten, bis zu 15.000 US-Soldaten liefen insgesamt zu den VietnamesInnen über. Die Befreiungsbewegung wusste oft rund 24 Stunden vor geplanten Angriffen Bescheid und damit mehr als der mit den USA "verbündete" südvietnamesische Generalstab. Rund 9.000 Offiziere dürften dem "Fragging" – der Tötung durch einfache eigene Soldaten – zum Opfer gefallen sein. Schwarze Soldaten trugen Abzeichen der "Black Panther", Weiße ein rotes Halstuch und signalisierten damit, nur im äußersten Notfall schießen zu wollen.

Bei einer Antikriegsdemonstration in den USA in Fort Dix wurden die Soldaten eingesperrt, um eine Solidarisierung mit den DemonstrantInnen zu verhindern. Am 4. Mai 1970 setzte die Regierung gegen eine Demonstration in Kent, im Bundesstaat Ohio, schließlich die Nationalgarde ein. 4 Demonstranten wurden dabei erschossen und die Regierung Nixon und sein Kriegstreiber Henry Kissinger (dem für den Massenmord in Kambodscha und Nordvietnam der Friedensnobelpreis verliehen wurde) gerieten immer mehr unter Druck. Der Krieg in Indochina war von Seiten der USA nicht mehr

aufrechtzuerhalten und so entschloss man sich zur "Vietnamisierung" des Kriegs. Das hieß, dass US Bodentruppen sukzessive abgezogen und dafür die südvietnamesischen Streitkräfte hochgerüstet wurden. Doch das half alles nichts mehr, der Krieg war verloren und konnte durch die weiteren Massenbombardements der Großstädte Nordvietnams nur noch ausgedehnt werden.

## "BRUDERKRIEG" IM SCHATTEN DES VIETNAMKRIEGS

1979, nach dem Sieg gegen die USA, marschierte Vietnam in Kambodscha ein, setzte zwar der Schreckensherrschaft der Roten Khmer ein Ende, aber installierte selbst eine Satellitenregierung in Phnom Penh. Aus "Protest" darüber belegten die USA Vietnam mit einem Wirtschaftsboykott (bis 1997), der die Bevölkerung Vietnams an die Armut fesselte.

Aber damit noch nicht genug. In den 60er Jahren hatten sich das stalinistische China unter Maos Führung mit der Sowjetunion überworfen und standen fortan in Konkurrenz. Vietnam wurde von der Sowjetunion unterstützt, die Roten Khmer nicht nur von den USA, sondern auch von China. Damit erhielt der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha nochmals einen internationalen Charakter. Nachdem Vietnam bereits ein Opfer des Kalten Krieges zwischen USA und Sowjetunion geworden war, wurde es jetzt zum Schauplatz einer anderen Auseinandersetzung – dem "Bruderkrieg" zwischen China und der Sowjetunion. Als "Schutzmacht" der Roten Khmer marschierte China in Nordvietnam ein und es folgte der chinesisch vietnamesische Krieg der in opferreichen Scharmützeln bis 1987 immer wieder aufflackerte. 1989 folgte schließlich der offizielle Abzug Vietnams aus Kambodscha, wo bis heute versprengte Einheiten der Roten Khmer einen BürgerInnenkrieg am Köcheln halten.

## DIE KOSTEN DES KRIEGS

Wie viele Opfer der lange Krieg zwischen 1940 und 1989 in Indochina kostete, ist nicht bekannt und nur schwer festzustellen. Alleine der Kampf gegen die USA kostete 3 Millionen vietnamesischen ZivilistInnen und 1 Million Soldaten das Leben. Bis heute sterben noch immer Menschen in Vietnam an den Folgen des grausamen Chemie- und Giftkriegs der USA. In Kambodscha und Laos starben über 300.000 unter dem Bombenhagel und dann nochmals 2 Millionen Menschen unter dem Schreckenregime der Roten Khmer. Jährlich sterben noch Dutzende Menschen durch "Blindgänger" und Mienen, die von den USA abgeworfen wurden. Aber auch 56.000 US-amerikanische Soldaten mussten in Vietnam ihr Leben lassen. Allein damit ist bereits eine Summe von 7 Millionen Toten erreicht. Bis heute weigert sich der US-Imperialismus, jede Verantwortung zu übernehmen.

Die Viertelliterklasse - Roland Düringer über Alkohol

# Frust, Angst, Stress, Zorn

„Na, I hob ka Problem mit 'm Alkohol. I hob a Problem mi mia sölba. Woi wonn ana auf 'n Berg auffi kraxlt und obi foillt, kann da Berg a nix dafür!“

aus „Viertelliterklasse“

von Jan Rybak,  
SLP Salzburg



Im neuesten Düringer-Film, „Die Viertelliterklasse“, spielt der Wiener Kabarettist die vier Herren Frust, Stress, Zorn und Angst. Sie symbolisieren vier Gründe für Alkoholsucht. Stress ist, wie der Name schon vermuten lässt, Unternehmer. Seine Firma produziert funktionsunfähige Handys. Stress hat den Bezug zu seinem eigenen Leben verloren, er rennt den ganzen Tag seinem Profit hinterher. Frust ist ein Arbeiter, der sein Leben nicht erträgt und deshalb trinkt. Zur unteren sozialen Schicht gehörend soll er das abstrakte Bild des „Proletariats“ repräsentieren. Angst ist ein von Selbstzweifeln und Versagensangst gezeichneter Schauspieler, der zwar offiziell, nach einem in der Presse breit getretenen Alkoholexzess, nicht mehr trinkt, aber trotzdem regelmäßig größere Mengen seiner homöopathischen Tropfen zu sich nimmt. Zorn hat sich eines von Stress' Handys gekauft und besäuft sich, als es von den 256 möglichen Klingeltönen genau jenen, den er hören will, nicht spielen will. Er rastet aus und beschließt, sich an der Welt zu rächen.

Auf der Weihnachtsfeier von Stress' Firma kommen alle vier zusammen und entfliehen gemeinsam in einem feuchten, aber ganz und gar nicht fröhlichen Besäufnis ihren Ängsten und Problemen, der Enge ihrer Welt.

Alle haben sie keine Perspektive. Sie träumen sich, auch in

den kurzen nüchternen Momenten ihres Daseins, in eine Welt, von der sie glauben, sie nie erreichen zu können.

ALKOHOL UND DIE  
KAPITALISTISCHE KRISE

Alkohol führt aber nicht nur zu Erbrechen und Kopfschmerzen, sondern vor allem zu Gewalt innerhalb der Familie, Verlust des Arbeitsplatzes, etc. In Zeiten, in denen die soziale Krise sich zuspitzt, in der die Entfremdung der Menschen mit ihrer Arbeit immer größer wird, flüchten sich immer mehr in die Scheinwelt des Alkohols. In Russland gibt es zum Beispiel seit der Wiedereinführung des Kapitalismus die meisten AlkoholikerInnen, gemessen an der EinwohnerInnenzahl.

Der Film zwingt das Publikum zu einer gnadenlosen Auseinandersetzung mit diesem allseits beliebten Suchtmittel. Vor allem aber ist er ein rasantes Spiel mit der Wahrheit und wer sie wie sieht. Die Handlung dreht und wendet sich, gemeinsam mit ihren Hauptfiguren, die durch eine Geschichte torkeln, in der der Alkohol Regie führt. Vier Viertel, die ein Ganzes ergeben.

## Porsche: Sexistische Personalpolitik Frauentag – Frauenpower

von Anna Rathgeb  
SLP Salzburg

Wie ein Salzburger Mitglied der SLP am eigenen Leib erfahren musste, betreibt Porsche bis dato eine sexistische, frauenfeindliche Unternehmenspolitik, indem sich die Firma weigert, weibliche Lehrlinge in technischen Berufen einzustellen. Junge Frauen und Mädchen wurden mit dem „Argument“ „sie könnten ja schwanger werden“ abgewiesen. Dazu kommt, dass in dem vom Arbeitsmarktservice herausgegebenen „Karrierehandbuch für Lehrlinge“ Porsche klar feststellt, sie würden keine weiblichen Lehrlinge aufnehmen (S. 128 Abs.1).

Aus diesem Grund riefen SLP und SWI für den 8. März, den internationalen Frauentag, zur Kundgebung vor einer Salzburger Porsche-Filiale auf.

Wenige Minuten nach Beginn der Kundgebung kam der offensichtlich peinlich berührte Personalchef mit Betriebsrätin und Lehrlingsbeauftragten heraus und nahm die Betroffene

mit in sein Büro. Dort entschuldigte sich der Personalchef offiziell bei ihr.

Ihr wurde eine dreitägige Schnupperlehre angeboten und die Firma versprach eine Änderung der genannten Textstellen im „Karrierehandbuch für Lehrlinge“.

Hiermit konnte ein großer Erfolg gegen sexistische Unternehmen wie Porsche errungen werden. Die Firma schien derart darauf bedacht, nur ja keine negativen Schlagzeilen zu machen, dass sie nach kürzester Zeit nachgeben musste.

Porsche war in diesem Fall auch juristisch im Unrecht und damit leicht angreifbar. Davon auszugehen, dass sich die Lehrlingspolitik der betroffenen Filiale durch diesen kleinen Sieg dauerhaft ändern wird, wäre illusorisch, aber wenn uns ähnliche Vorfälle, sei es bei Porsche oder einem anderen Unternehmen, zu Ohren kommen, wissen wir, welche Schritte wir setzen werden. Vor allem hat uns dieser Erfolg wieder einmal gezeigt, dass sich Widerstand auszahlt!

SLP im März bei rund 20 Demonstrationen und Aktionen

## Mehr Demos, mehr Widerstand

Internationale Solidarität bildete zweifellos den wichtigsten Bestandteil unserer Aktivitäten im März. Unser Genosse Upul aus Sri Lanka ging mit der SLP auf Veranstaltungstour durch Österreich – auch Radio Orange berichtete. Upul sprach ebenso auf der Demonstration am 19.3. in Wien.

Diese Demonstration richtete sich – wie die zeitgleich in vielen anderen Städten der Welt stattfindenden Aktionen – gegen Krieg und Besatzung im Irak. Die SLP und Sozialistischer Widerstand International gehörten zu den wenigen Kräften, die mit klaren sozialistischen Parolen auftraten: „fight capitalism, for global socialism“ war auf unserem Transparent zu lesen. Ebenso aktiv waren wir für die KollegInnen aus der Slowakei (Vorwärts berichte-

te): Auf der Konferenz der Chemiegewerkschaft in Wien konnten viele österreichische GewerkschafterInnen auf deren Lage aufmerksam gemacht werden.

GEGEN DEN BFJ UND CO

Am 18./19.3. wollte der rechtsextreme Bund freier Jugend seinen „Tag der volkstreuern Jugend“ begehen – wir mobilisierten dagegen in Marchtrenk und Linz. Ebenso beteiligten wir uns mit GenossInnen aus Wien, Linz und Salzburg an der Antifademo in Bludenz Ende Februar.

NICHT NUR  
AM FRAUENTAG AKTIV!

Selbstverständlich beteiligten wir uns an den gemeinsamen Demonstrationen am 8.

März (Frauentag) und organisierten – wie jedes Jahr – auch eigenständige Kundgebungen zur Mobilisierung im Vorfeld. Darüber hinaus machten wir weiter gegen das „Baby-Holocaust-Museum“ der radikalen Abtreibungsgegner in Wien 2 mobil. Am 15.3. gab es eine Aktion vor der Bezirksvertretung, die trotz eines einstimmigen Beschlusses gegen das „Museum“ bis jetzt keinen Finger gerührt hat, um dieses zu schließen. Inzwischen wollen die Politiker dort scheinbar nichts mehr vom Widerstand dagegen wissen: Nur vier BezirksrätInnen nahmen überhaupt Flugblätter dazu an. Zur Abtreibungsfrage gab es auch eine Veranstaltung mit der SLP-Frauensprecherin Claudia Sorger in Salzburg. Darüber hinaus beteiligten wir uns auch am 9.3. an einer

Demonstration von Eltern und Kindern gegen die Schließung der Volksschule Leopoldgasse 3 in Wien 2.

DREI NEUE BROSCHÜREN

Auch inhaltlich waren wir fleißig: Neben den Dokumenten unserer Bundeskonferenz konnten wir das übersetzte Frauentagsstatement unserer Internationale (CWI) und eine Broschüre zu Sri Lanka publizieren. Fortsetzung folgt ...

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. **PSK 8812.733**

## SLP IN EIGENER SACHE

### Die SLP-Treffpunkte:

#### SLP-Ortsgruppe Wien II, III, XXII

Jeden Mi. um 19.00 Uhr, Die Feile, 2., Novaragasse

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

#### SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, „Peer Gynt“, 20., Jägerstr. 38

#### SLP-Linz

Jeden Freitag, 18.00 Uhr „Alte Welt“ (im Keller), Hauptplatz 4

#### SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Donnerstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.30 Uhr im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3

#### SLP-Amstetten

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

### Die SWI-Treffpunkte:

#### SWI in Wien

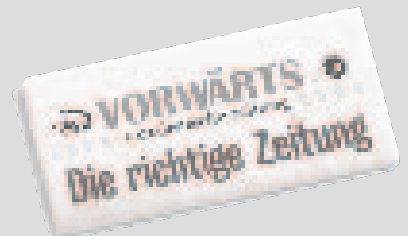
jd. Montag, 17.30 im Amerlinghaus, Wien 7., Stiftgasse 8.

#### SWI in Salzburg

jd. Do. 19.30 Uhr im „Shakespeare“, Hubert-Sattler-Gasse 3

#### SWI-Amstetten

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



**VORWÄRTS** ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

**VORWÄRTS** ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

**VORWÄRTS** ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

### Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00\* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!  
\* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00  
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

## Argumente gegen den Neoliberalismus!

Die SLP bietet zu vielen aktuellen und historischen Themen Broschüren an, welche Antworten auf brennende Fragen aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Frauen Antworten formulieren.

Ein Gesamtverzeichnis der verfügbaren Titel (Von A wie Arbeitszeitverkürzung bis Z wie Zapatistenaufstand in Chiapas) kannst du / können Sie unter Tel. 01/524 63 10 ordern.

### Unsere Empfehlung des Monats:

Sri Lanka:  
Tsunami + Kapitalismus =  
Katastrophe

A5, 20 Seiten, EUR 3,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!





## Neues aus dem CWI

### Massenstreiks

**Griechenland.** Am 17.3.2005 gab es die ersten koordinierten Aktionen gegen die Politik der griechischen Rechtsregierung (Neue Demokratie – ND): Die beiden Gewerkschaftsverbände für den öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich (GSEE and ADEDY) riefen zu einem Aktionstag auf. Obwohl die Gewerkschaftsführung nur eine Arbeitsunterbrechung von vier Stunden wollte, warben eine beträchtliche Anzahl von Gewerkschaftsorganisationen für einen 24 Stundenstreik. Dieser wurde überall dort im öffentlichen Sektor durchgeführt, wo die Regierung Privatisierungen plant. Trotz einer Streikbeteiligung von 75 bis 90% kamen nur 2.500 bis 3.000 Menschen zu den Demonstrationen der Dachverbände, halb so viele wie zu jener Demonstration, zu der linke und kämpferische GewerkschafterInnen und Organisationen aufgerufen hatten. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die griechische kommunistische Partei einmal mehr die oppositionelle Demonstration nicht unterstützt hat; ein Hinweis darauf, dass in Griechenland eine neue, kämpferische ArbeiterInnenpartei nötig ist.

Nach einem Bericht von Dimitris Pantazopoulos, Xekinima/CWI in Griechenland, [www.xekinima.org](http://www.xekinima.org)

### Repression gegen GenossInnen

**Israel.** Mitglieder von Maavak Socialisti (CWI Israel) und andere StudentInnen der "Jerusalem University", die bei den Wahlen der Studentenvertretung antreten, wurden vom Sicherheitsdienst der Uni an Wahlversammlungen gehindert, ebenso wurde ihr Material beschlagnahmt. Die "Student Social Front" organisiert Israelis und PalästinenserInnen und ist in Opposition zur gegenwärtigen rechten StudentInnenvertretung.

[www.maavak.org.il](http://www.maavak.org.il) (Englisch)

### Internationale Solidarität verhindert Deportation

**Irland.** Gemeinsame Aktionen der irischen Socialist Party und der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung (beide CWI) in Nigeria haben im März erfolgreich die Abschiebung von Olukunle Elukanlo aus Irland verhindert.

[www.socialistparty.net](http://www.socialistparty.net)

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

# Neue Partei vor erster Herausforderung

Die Partei "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" steht vor ihrem ersten Bundesparteitag und dem ersten Wahlantritt bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

von Sascha Stanicic,  
SAV-Bundessprecher und  
ASG-Mitglied

Angesichts von 5,2 Millionen Arbeitslosen, einer steigenden Armutsrate und täglichen Hiobsbotschaften über Massenentlassungen ist die Parteigründung die richtige Antwort auf die pro-kapitalistische Politik von SPD, Grünen und PDS. Das Potenzial für die "Wahalterative soziale Gerechtigkeit" (WASG) ist groß: drei Prozent erklärten in einer Umfrage, sie würden bei den nächsten Bundestagswahlen sicher die WASG wählen, weitere 19 Prozent können sich dies vorstellen.

#### PROGRAMM

Die Programmatik der WASG enthält viele wichtige Reformforderungen, wie Steuererhöhungen für die Reichen, öffentliche Investitionsprogramme und Arbeitszeitverkürzung. Die Partei wendet sich gegen weiteren Sozialabbau und gegen Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von den bestehenden etablierten Parteien. Sie stellt einen ersten Ansatz dar, um eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen. Viele AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen haben das erkannt und sich der neuen Partei angeschlossen bzw. beobachten sie und ziehen ei-



nen Beitritt in Erwägung. Deshalb ist der Platz von SozialistInnen in der WASG, auch wenn diese keine sozialistische Politik vertritt. Das Parteiprogramm geht von der Möglichkeit aus, den Kapitalismus sozial, friedlich und demokratisch reformieren zu können. Es vertritt die Illusion, kapitalistische Krisen durch staatliche Eingriffe und antizyklische Wirtschaftspolitik zu verhindern. Ebenso fehlt die Betonung, dass die aufgestellten Forderungen

nur durch Massenmobilisierungen und Kämpfe der ArbeiterInnenklasse durchgesetzt werden können. SAV-Mitglieder argumentieren in der WASG für eine Orientierung auf außerparlamentarische Mobilisierungen und Kämpfe sowie für ein sozialistisches Programm. Wir gehen davon aus, dass im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine Verbesserungen dauerhaft gesichert werden können und es unmöglich ist, die Krisenhaf-

tigkeit des Profitsystems zu überwinden.

#### ANGRIFFE GEGEN SAV

Deshalb haben wir den Zorn eines Teils der Parteiführung auf uns gezogen. Im Februar fällte der WASG-Bundessvorstand Beschlüsse, die zum Ziel hatten SAV-Mitglieder aus der WASG auszugrenzen. Nach einer Protestwelle an der Basis wurde dann zwar beschlossen, dass SAV-Mitglieder grundsätzlich auch Mitglied der

WASG werden können (und bestätigte damit nur, was ohnehin aus der Satzung hervorgeht), gleichzeitig wurden jedoch drei SAV-Mitglieder aus Rostock die Aufnahme verweigert. Hinter diesen Ausgrenzungsversuchen steckt die Auseinandersetzung um Aufbau, Orientierung und Programm der WASG. SAV-Mitglieder haben von Beginn an undemokratische Vorgehensweisen des Bundesvorstands und die weitgehend parlamentarische Orientierung kritisiert und sind für ein antikapitalistisches Programm eingetreten. Vor allem aber geht es um die Frage, ob die WASG als eine "Sammelbewegung" AktivistInnen und Gruppierungen aus diversen Traditionen vereint und auch einen Platz für SozialistInnen bietet. Teile des Vorstands, welche die Attacken gegen die SAV anführten, wollen die WASG auf eine Neuauflage der Sozialdemokratie verengen. Doch die WASG kann nur eine Perspektive haben, wenn es ihr gelingt, die Kräfte zusammen zu bringen, die tatsächlich gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise kämpfen wollen – ob aus Gewerkschaften, sozialistischen Organisationen oder sozialen Bewegungen. Die SAV tritt für eine offene und demokratische Partei ein.

Die SAV ist die deutsche Sektion des CWI. Mehr Infos unter: [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

## Sri Lanka: Missbrauch der Tsunami-Opfer

Interview mit Upul Siriwardana, Free Trade Union Center und United Socialist Party (USP)

Franz Breier jun. (SLP Wien Mitte) führte für **VORWÄRTS** ein Interview mit Upul Siriwardana, Mitglied des Free Trade Union Center und der United Socialist Party (USP) in Sri Lanka. Upul war anlässlich einer Europa-Tour in Österreich, um über die Lage nach dem Tsunami und die große Tradition des Widerstands in Sri Lanka zu berichten.

**VORWÄRTS:** An die 40.000 Menschen sind durch den Tsunami in Sri Lanka gestorben, eine Million wurden obdachlos. Wie ist die Lage ein Vierteljahr danach?

**UPUL:** Die Mehrheit der Opfer hat bis heute keine oder kaum Hilfe von der Regierung bekommen. Sie fühlen sich von der Regierung wie Bettler behandelt. In der Region Pottuvil kam es zu einer dreitägigen Straßenblockade der Tsunami-Betroffenen. Wir treten in diesen Bewegungen für die Idee ein, dass demokratische Komitees geschaffen werden, die Verteilung und Wiederaufbau koordinieren. Ein Aktivist der USP, der gerade zu den Menschen auf einer dieser Demos sprach, wurde vom Fi-

scherei-Minister (von der JVP, einer rassistischen Regierungspartei; Anm.) attackiert. Die Demonstration nahm den USP-AktivistInnen sofort in Schutz und beschimpfte ihrerseits den Minister. Die JVP hat vor allem im singhalesischen Süden ihre Basis. Doch weil sie derzeit viel an Einfluss verliert, tritt sie besonders aggressiv auf.

1983 begann der langwierige BürgerInnen-Krieg der Armee gegen die tamilische Befreiungsbewegung. Die herrschende Koalition der Partei von Präsidentin Chandrika mit der JVP versucht seit langem, den Waffenstillstand von 2002 zu torpedieren. Wird er halten?

Für die ArbeiterInnenbewegung hat der Waffenstillstand große Erleichterungen gebracht. Es können jetzt wesentlich leichter soziale Proteste geführt und Verbesserungen erreicht werden. Auch unter den TamilInnen herrscht eine Stimmung gegen eine Rückkehr des Krieges vor. Trotz des Waffenstillstandes geht ein "verdeckter Krieg" gegen die TamilInnen weiter. Der Tsunami wurde von der Regierung missbraucht, um

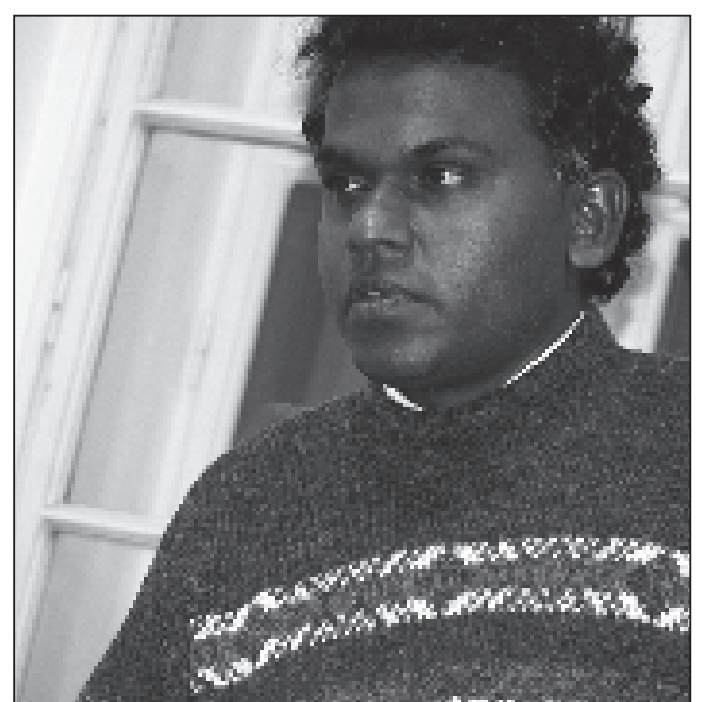
Hilfslieferungen nach Norden und Osten zu blockieren und das Militär wieder verstärkt einzusetzen.

*Du hast den Zusammenbruch des Vertrauens in die Regierung und soziale Proteste erwähnt. Was spielt sich ab?*

Unmittelbar nach dem Tsunami verkündete ein der Regierung nahestehender "Gewerkschaftsführer" in einer Pressekonferenz: "Es wird von uns aus für ein Jahr keine betrieblichen Kämpfe geben." Das ermutigte die Regierung, die vor dem Tsunami zugesagten Lohnerhöhungen für Beschäftigte im öffentlichen Sektor wieder zurückzunehmen. Die Tsunami-Katastrophe wurde dazu missbraucht, Versprechungen aus der letzten Budgetperiode nachträglich zu brechen. Von vielen radikalisierten ArbeiterInnen wird die Regierung bereits als bankrott angesehen. Ein Streik von 15.000 Busfahrern legte die Insel für eine Woche lahm.

*Wie steht es um die Linke in Sri Lanka?*

Alle der ehemals bedeutenden



Upul Siriwardana

linken Kräfte haben sich von einer unabhängigen sozialistischen Politik längst verabschiedet. Im Gegensatz dazu ist die USP die einzige politische Organisation, die Material in beiden Sprachen herausgibt. 40% der USP-Mitgliedschaft sind TamilInnen. Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht der TamilInnen ein. Gleichzeitig muss dieses Recht auch für die mos-

lemischen TamilInnen und die im Osten lebenden Singhalesen geltend gemacht werden. Gleichzeitig kämpfen wir für die Einheit von singhalesischen und tamilischen ArbeiterInnen und armen Menschen.

Die USP ist die sri lankesische Sektion des CWI, in dem auch die SLP Mitglied ist.

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 145

April 2005

## 1945: Befreiung vom Faschismus

# 2005: Widerstand gegen Strache & FPÖ

Auf zur Demonstration zum Wiener FPÖ-Parteitag am 14. April!

Auf zur Demonstration am 8. Mai – Tag der Befreiung!

von Jakob Unterwurzacher,  
Sozialistischer Widerstand  
International (SWI)

Während sich Schlüssel und Co. in Selbstbeweihräucherung ergehen, beschmutzt die kleinere Regierungspartei einmal mehr das Andenken an die Opfer des Faschismus. H.C.Strache unterscheidet ebenso wenig wie Stadler, Mölzer und Co. zwischen Holocaust und dem Widerstand gegen die Naziverbrecher, zwischen NS-Terrorherrschaft und der Befreiung 1945. Strache im März 2005 im Originalton: "Was für ein qualitativer Unterschied? Jedes Verbrechen ist ein Verbrechen, egal, wo es begangen wird. Von 1933 bis 1955 hatte Österreich keine demokratische Struktur – ohne irgendeine Wertung zu treffen." ([http://www.falter.at/print/F2005\\_12\\_1.php](http://www.falter.at/print/F2005_12_1.php))

### BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Am 8. Mai 1945 – also vor 60 Jahren – kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos. Europa wurde vom Nationalsozialismus befreit. Neben dem europäischen Judentum, bezahlte die Sowjetunion mit rund 20 Millionen Opfern den höchsten Preis für die faschistische Gewaltherrschaft. Der Nationalsozialismus bedeutete aber auch in Deutschland und Österreich die Zerschlagung von Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisationen, ein Sinken der Löhne, Verbannung der Frau zurück an den Herd, eine dramatische Einschränkung der Arbeitnehmerrechte. Deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden, Behinderte, Homosexuelle und sonstige "Auffällige" wurden ebenso wie viele SozialistInnen und



Strache und seine Burschenschaftler-Freunde wollen am 8. Mai wieder der "Niederlage" gedenken.

KommunistInnen Opfer des Regimes, während alleine in Österreich die rund 700.000 NSDAP-Mitglieder zumindest mitverantwortlich für die Verbrechen waren. 1945 wurde demgegenüber kein Schlussstrich gezogen: Die Opfer warten bis heute auf Entschädigung, nur wenige NS-Verbrecher wurden bestraft, die – ehemaligen – Nazis bald von allen Parteien umworben und integriert. Der kalte Krieg gegen die Sowjetunion und die Rettung des Kapitalismus vor der "roten Gefahr" schien wichtiger als die Abrechnung mit der braunen Pest.

### KRISE DES KAPITALISMUS – KRISE DER POLITIK

Nach dem jähen Ende des langen Nachkriegsaufschwungs und der Krise der 90er Jahre stehen die Länder Europas vor den Problemen, die eine kapitalistische Krise mit sich bringt: Sinkende Wachs-

tumsraten, steigende Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, kaum Perspektiven für die Jugend. Die Antwort, die die etablierten Parteien darauf haben: Neoliberalismus. Sozialabbau, Privatisierung, Pensionsraub – damit sehen sich ArbeiterInnen in ganz Europa konfrontiert. Keine etablierte Partei bietet echte Alternativen zu dieser Politik an. Keine Partei vertritt konsequent die Interessen der ArbeiterInnen. Diese Verhältnisse bieten besten Nährboden für Rechtsextreme Organisationen – zumindest solange ihnen keine entschlossene Kraft entgegentritt.

### KAMPF GEGEN FASCHISMUS – DER STAAT VERSAGT

In Deutschland, wo mit den größeren sozialen Problemen auch die rechte Szene stärker geworden ist, kann auch die Regierung das Problem nicht mehr ignorieren. Was tut der

Staat? Das Verbotsverfahren gegen die NPD endete in einem Debakel und einer Blamage für den deutschen Verfassungsschutz. Der nächste Vorstoß war, "historisch sensible" Orte für politische Veranstaltungen zu sperren. Das wird das Problem des keimenden Rechtsextremismus zwar nicht beheben, bietet aber nebenbei die Möglichkeit, auch linke Opposition zu verbannen.

### WIE WIR FASCHISMUS BEKÄMPFEN

Wir stehen in der stolzen antifaschistischen Tradition der ArbeiterInnenbewegung. Und so haben wir durch die Mobilisierung von Menschen, die mit Faschisten nichts zu tun haben wollen – und das ist die große Mehrheit – jüngst verhindert, dass der Ring Freiheitlicher Studenten am 11.3.2005 eine Veranstaltung mit einem NPD-Hetzer wie

geplant abhalten kann. Wir haben dem BFJ in Linz gezeigt, dass die Straße uns gehört. Wir haben in Salzburg erfolgreiche eine Nazi-Demo verhindert. Und wir werden der FPÖ bei ihrem Parteitag zeigen, dass der Widerstand gegen Rechtsextremismus weit größer ist als die Unterstützung dafür. Rechtsextremismus und Rassismus spalten die ArbeiterInnenbewegung – der wahre Feind sitzt in den Managementetagen der Banken und Konzerne.

14. APRIL & 8. MAI:  
MIT DEMONSTRIEREN!

Wir halten es für notwendig, am 14. April gegen den Landesparteitag der Wiener Freiheitlichen zu demonstrieren. Trotz der Krise der FPÖ zeigen die aktuellen Hetzkampagnen der FPÖ in Wien, welches Gefahrenpotential in dieser Partei nach wie vor vorhanden ist. Am 8. Mai werden Nazis und Burschenschaftler versuchen, den Tag der Befreiung zu einem Trauertag rund um den Zusammenbruch des NS-Regimes umzufunktionieren. Dagegen wird eine Großdemonstration in der Wiener Innenstadt durchgeführt, an der sich SLP und SWI massiv beteiligen!

### TERMINE

Donnerstag, 14. April in Wien

DEMONSTRATION gegen den  
FP-Wien Parteitag,  
16 Uhr, U1 Vorgartenstraße

Sonntag, 8. Mai in Wien

DEMONSTRATION gegen das  
rechtsextreme Heldengedenken,  
18 Uhr, Oper, Wien

### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr  
Programm!

Das Programm der  
Sozialistischen LinksPartei  
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)